

Ressort: Politik

Bundesländer erhöhen bei Asylpolitik Druck auf Seehofer

Berlin, 07.06.2018, 18:29 Uhr

GDN - Wenige Tage bevor Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) seinen Masterplan zum Thema Asyl vorstellen will, wächst von Seiten der Bundesländer der Druck auf ihn und die übrige Bundesregierung, möglichst schnell den Asylprozess zu verbessern. Vor allem das Thema Abschiebungen in Länder, die abgelehnte Asylbewerber nicht zurücknehmen wollen, beschäftigt die Landesminister.

Der nordrhein-westfälische Minister für Flüchtlinge und Integration, Joachim Stamp (FDP), sagte der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (FAZ, Freitagsausgabe): "Wir erwarten seit Monaten von der Bundesregierung mehr. Die Bundesregierung muss endlich in die diplomatische Offensive gehen und auch mal Druckmittel einsetzen." Deutschland müsse etwa mit dem Sperren von Visa drohen. Das beeindrucke in der Regel Mitglieder ausländischer Regierungen. Ähnlich äußerte sich der niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) anlässlich der Bundesinnenministerkonferenz in Quedlinburg. "Wir erwarten, dass das Bundesinnenministerium darauf hinwirkt, schnell mit den wichtigsten Herkunftsländern abzuschließender Ausländer Vereinbarungen zu treffen, damit die Abschiebungen dahin endlich schneller ablaufen können", sagte Pistorius der FAZ. Stamp fordert von Seehofer, möglichst bald einen Migrationsgipfel mit Vertretern von Bund, Ländern und Kommunen zu veranstalten. Ein solcher Gipfel böte die Chance, ein Gesamtpaket zu verabreden. "Wir sind in der Migrationspolitik in einer Situation, wo der Vertrauensverlust in der Bevölkerung so groß ist, dass die demokratischen Parteien ein Stück weit über ihren Schatten springen müssen", sagte Stamp. Der baden-württembergische Innenminister Thomas Strobl (CDU) sagte, er würde sich einem Migrationsgipfel nicht verschließen. Strobl forderte zudem, Herkunftsstaaten, die sich weigerten, Passdokumente für abschiebungsfähige Asylbewerber auszustellen, die Entwicklungshilfe zu kürzen. "Kassieren, ohne zu kooperieren - das geht nicht", sagte Strobl der FAZ. Deutliche Kritik gibt es auch an den von Seehofer geplanten Ankerzentren. "Ich erwarte einen substantiellen Vorschlag, der für alle Bundesländer gilt", sagte Pistorius.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-107269/bundeslaender-erhoehen-bei-asylpolitik-druck-auf-seehofer.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619